

Sustainability und Ökumene [1]

in: Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch - Erde, Heft 54 (KFH) 2000, S. S 26-30

Während der Begriff „Nachhaltigkeit“ sich aus der deutschen Forstwirtschaft[2] - der Energiewirtschaft des Mittelalters und der vorindustriellen Epoche - ableiten läßt, verfügt der Begriff „Sustainability“ über Wurzeln, die in der sozioethischen Diskussion der ökumenischen Bewegung gut eingebettet waren. Der Begriff „Sustainability“ schließt an die Diskussion zum Entwurf und der Verpflichtung zu einer „verantwortlichen Gesellschaft“ (responsible society) in der Mitte der 60er Jahre und den daraus abzuleitenden Funktionen der Kirchen an, die vor allem bis zur IV. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen (ÖRK) 1968 in Uppsala anhielt und in den folgenden Jahren durch die Gerechtigkeitsfrage vor allem im „Südaspert“ bzw. die Debatte um weltweite Entwicklungskonzepte verstärkt und qualifiziert wurde.[3]

Die langfristige Vorbereitung der V. Vollversammlung des ÖRK 1975 in Nairobi „kreuzte“ sich mit dem Vorbereitungsprogramm und der Durchführung der UN-Konferenz „Für menschliche Entwicklung“ (UN-Conference in the Human Environment/UNCHE) 1972 in Stockholm. Vorarbeiten des Programmes „Church and Society“ (C & S) des ÖRK unter Leitung des US-amerikanischen Theologen und Wirtschaftswissenschaftlers Paul Abrecht flossen teilweise schon unter dem Begriff „Sustainability“[4] in die Konferenz mit ein, ohne das der Terminus direkt aufgenommen wurde.[5] Die Stockholmer Konferenz führte zwar erstmals die Themenbereiche Umwelt und Entwicklung in den Kombinationen „environmentally sound development“ bzw. „ecodevelopment“ zusammen, verwendete aber einen eigenen Begriff, der beabsichtigte beide Bereiche zu verschmelzen, wie es „Sustainability“ anstrebt, nicht.[6] Abrecht stand mit Meadows, dem wichtigsten Autoren des ersten Berichtes des „Club of Rome“, in Verbindung und soll sich regelmäßig ausgetauscht haben.

1974: Überlebensfähige Gesellschaft

1974 wurde in Bukarest auf der „Weltkonferenz über Wissenschaft und Technologie für eine menschliche Entwicklung“ des Weltrates der Kirchen (ÖRK) das Studienprogramm „Suche nach einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft (Just, Participatory and Sustainable Society, JPSS) vorbereitet und später auf der V. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi als eines der Arbeitsschwerpunkte beschlossen.

„Sustainable Society“ war das neue Schlüsselwort der Bukarester Tagung und durchzog alle Kapitel. Es wurde ein „dringend notwendiger Übergang (...) für eine globale, auf Überlebensfähigkeit (Sustainability) ausgerichtete Wohlfahrtsgesellschaft innerhalb der nächsten Generation“ thematisiert. „Es gibt wenig Zeit zu zögern“ wurde formuliert. Und: „... wenn es eine Verzögerung in dem beherzten Beginn eines wirklichen Übergangs zu einer überlebensfähigen Gesellschaft (Sustainable Society) gibt, der mit einer Reduktion des Konsums und einer Beschränkung der materiellen Verschwendung unter den Reichen und einer Entschärfung der sozialen Explosivität beginnt, die von Ungerechtigkeit und Armut hervorgerufen wird“ ... kann es Zweifel am „Übergang“ [7] geben. Das Stichwort war „Transformation“ und nicht „Umkehr“.[8]

Das deutlich auf die Problematik der Tragfähigkeit der Erde abzielende Programm wurde unter Federführung der Programmeinheit „Church and Society“ gemeinsam mit der Entwicklungsabteilung des ÖRK „Commission of the Churches Participation in Development“ (CCPD) entworfen und betrieben. Es sollte in den folgenden 15 Jahren eine problematische Zusammenarbeit der „Verantwortungsökumeniker“ um Paul Albrecht mit den „Befreiungsökumenikern“ werden. Die in säkularen Foren verbreitete Unterscheidung von „Verantwortungsethik“ und „Gesinnungsethik“ bzw. ihrer Protagonisten läßt sich in dieser Auseinandersetzung ebenfalls nachzeichnen. Setzen die einen stärker auf Expertise, Lobbyarbeit, Politikbera-

tung und Gespräche mit „Entscheidungsträgern“ und bauten auf die Wirkweise etablierter Wissenschaft und damit auf eher „evolutionäre“ Veränderungen, favorisierten die anderen stärker die Kompetenz der Betroffenen, die Qualifizierung der Basisbewegungen und Konzepte von „revolutionären“ Umgestaltungen.

Auf der 1979 von C & S im Massachusetts Institute of Technology, Boston durchgeführten Weltkonferenz wurde ausdrücklich eine „überlebensfähige Ökonomie“ gefordert sowie in Ansätzen formuliert und ein Projekt „The future of humanity and society in a world of science-based technology“ beschlossen.

1980 tauchte der Begriff „sustainable development“ erstmals in einem Dokument der Vereinten Nationen auf, im „Living Resource Conservation for Sustainable Development“. Die World Conservation Union, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen und der World-Wild-Fund (WWF) hatten unter diesem Titel eine „World Conservation Strategy“ herausgegeben und plädierten für eine überlebensfähige, nachhaltige, zukunftsfähige kurz verantwortliche Entwicklung.

Während in der säkularen Welt allmählich überlebensfähige Konzepte von der Wissenschaft in die Politik einwanderten und dort diskutiert wurden, geschah auf der ökumenischen Seite ein Rückzug.

1983: Die Bewahrung der Schöpfung

Im Umfeld der VI. Vollversammlung 1983 in Vancouver wurde vor allem der von den orthodoxen Kirchen nicht geliebte, weil als zu „weltlich“ angesehene Begriff einer „sustainable society“ fallen gelassen und durch „integrity of creation“ ersetzt. Unter anderem sollte somit einem „antiwestlichen“ Verständnis der Sakralität und der Heiligkeit der Natur und des Lebens Ausdruck und Raum gegeben werden. Das so als Gegenüber oder gar als Gegenentwurf zur „Welt“ und zur „Gesellschaft“ verstandene Mandat der Kirche zur Wahrung der Heiligkeit allen Lebens sollte in dem Terminus „Bewahrung der Schöpfung“ besser eingefangen werden. Der protestantische Impuls der Wahrnehmung des Auftrages Gottes mitten im Leben und mitten in der Gesellschaft wurde dadurch zurückgedrängt.

Durch das von den DDR-Delegierten vorgeschlagene „Friedenskonzil“ – in Aufnahme eines Gedanken von Dietrich Bonhoeffer aus den Jahren 1933/34, dem Vorabend des II. Weltkrieges - aus dem der „Konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ kurze Zeit später entwickelt wurde, kam es zu einer weiteren „Theologisierung“ der Sozialethik. Nur hatte dieser Vorschlag gerade eine gesellschaftliche und politische Intention, somit eine andere Zielstellung. Der Impuls aus der DDR wollte aus christlicher Bürgerpflicht – im Gelände einer alleinherrschenden und eifersüchtig-monopolistisch agierenden Staatspartei – ein Instrument schaffen, um die Wahrnehmung sozialetischer und politischer Verantwortung gerade im Auftrag und Mandat Gottes mitten im „Realsozialismus“ besser gewährleisten zu können.

In der ökumenischen Theologie spielte in den folgenden Jahren der Begriff „sustainability“ kaum noch eine Rolle. Nur noch gelegentlich kam es zu Debatten über die ethische Herausforderung der Tragfähigkeit der Erde und der Zukunftsfähigkeit der Menschheit. Die möglichen „Grenzen des Wachstums“ wurden in weiten Teilen der ökumenischen Debatten nicht mehr als Aufgaben mit theologisch-systematischer Relevanz angesehen.

Der „protestantische“ Impuls hatte aber inzwischen in der internationalen Politik und besonders auf der „UN-Ebene“ Spuren hinterlassen und Kreise gezogen. Unter anderem durch Diskussionen über die Grenzwertberechnungen in den Naturwissenschaften und sich daraus er-

gebende politische und gesellschaftliche Szenarien über die Tragfähigkeit des planetarischen Ökosystems waren inzwischen vielfältige, aber meist in den einzelnen Fächern und Spezialdisziplinen verbleibende, Konzepte für dauerhaftere oder beständigere ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungen erarbeitet worden.

1987: Die gemeinsame Zukunft

Mit der 1984 erfolgten Einsetzung einer UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung sollte ein zusammenfassender und vorausschauender Bericht über die zukünftigen Aufgaben der Menschheit erstellt werden. Die zukünftigen Aufgaben der Industrie- und Entwicklungsländer sollten durch deren Vertreter in der Kommission „gemeinsam“, wie es der spätere Bericht sagen sollte oder wenigstens in Kenntnis voneinander formuliert werden. Zur Vorsitzenden wurde Gro Harlem Brundtland gewählt. Mit ihr sowie weiteren Kommissionsmitgliedern, die durchaus mit den Diskussionen aus dem ÖRK-Programm über „Just, Participatory and Sustainable Society“ vertraut bzw. in Berührung gekommen waren, gelangten der Begriff „sustainability“ bzw. „sustainable“, nun um mehrere Dimensionen erweitert, als „Leitbegriff“ und „Weltformel“ in den Kommissionsbericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ (Brundtland-Bericht von 1987). Ein von der ökumenischen Sozialethik nicht mehr geachteter Begriff erlangte nun „Weltgeltung“.

In der protestantischen Theologie und Ethik sollte „sustainability“ wenigstens 10 Jahre kein besonderes Gewicht erhalten. Bezeichnend ist, daß 1991 auf einer Tagung in Berlin – nach dem Ende des angeblich revolutionäre Prozesses stützenden „Ostblockes“ und vor „Rio 1992“ – die Entwicklungsabteilung des ÖRK, also die einstigen „Befreiungsökumeniker“ und Kontrahenten des „sustainability-Ansatzes“, in einem Tagungsbericht mit dem Titel „‘Triumphierender Kapitalismus’, soziale Marktwirtschaft und eine lebenszentrierte Ökonomie“ formulierte: „Das grundlegende biblische Prinzip für eine lebenszentrierte Ökonomie ist Gerechtigkeit, d. h. die Aufrechterhaltung von gerechten Beziehungen. Lebensförderlichkeit bedeutet deshalb eine Art des Wachstums, das in der Ausdehnung von Beziehungen besteht. Ein lebenszentriertes Verständnis von Wachstum bedeutet deshalb im Gegensatz zu Akkumulation bloßen Reichtums, der letztlich Tod bedeutet, die Zunahme sozialer Partizipation, eine Steigerung von gegenseitiger Verantwortlichkeit und Verantwortung gegenüber der Umwelt, eine Zunahme an Hoffnung. Das frühere Konzept der ‚gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft‘ sollte deshalb von neuem aufgegriffen und nun in einer Weise ausbuchstabiert werden, die die Grundelemente einer lebenszentrierten Ökonomie enthält.“^[9]

Viel Zeit war inzwischen verstrichen. Der Konziliare Prozeß für „Gerechtigkeit Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ konnte die frühen Impulse der ökumenischen sustainability-Debatte nur sehr begrenzt weiterführen, auch wenn er viele praktische Themen im Bezug auf Lebensweisen und lokale kirchliche Zusammenarbeit förderte.

Mit der internationalen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung um nachhaltige und zukunftsfähige Konzepte bzw. einer Kritik der bestehenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse ist kirchliche sozialetische Reflektion und praktisch-gemeindebezogenes Handeln wieder verstärkt gefragt.

1997: Das gemeinsame Wort

Im deutschen protestantischen Raum hat vor allem der Ökonom Hans Diefenbacher (FEST-Heidelberg, Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Umweltfragen) Nachhaltigkeit als Konzept angewandter Sozialethik, vor allem mit regionalen Schwerpunktsetzungen, weiter entwickelt. In der Unterstützung des in „Rio 1992“ beschlossenen Programmes der „LOKALEN AGENDA 21“ wird von einigen Umwelt- und Entwicklungsbeauftragten der Evangelischen Kirchen eine aktive Unterstützung der „sustainability-Debatte“ und des Themenspektrums „Umwelt und Entwicklung“ gesehen. Ein substantieller Beitrag pro-

testamentlicher Theologie im deutschsprachigen Raum fehlt bisher. Immerhin berief der Rat der EKD 1998 eine „Kammer für Entwicklung und Umwelt“.

Katholische Theologen versuchen das Anliegen der Nachhaltigkeit unter dem Begriff der Vernetzung bzw. dem Fremdwort „Retinität“ in die Prinzipienhierarchie ihrer Soziallehre einzuführen. Als vierte Säule soll Nachhaltigkeit neben Personalität, Solidarität und Subsidiarität dem ethischen Handeln zeitgemäßen Halt, Begründung und Motivation geben.^[10]

Hier sind vor allem die Sozialethiker Wilhelm Korff und sein ehemaliger Assistent Markus Vogt, beide München sowie Marianne Heimbach-Steins, Bamberg zu nennen.

Im gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz vom Februar 1997 wird den Begriffen Zukunftsfähigkeit bzw. Nachhaltigkeit und ihren Varianten eine besondere Bedeutung zugemessen. Sie werden als Schlüsselbegriffe eines notwendigen neu zu begründenden ethischen Grundkonsenses in der deutschen Gesellschaft an der Schwelle zum neuen Jahrtausend eingeführt, mit eigenen Abschnitten gewürdigt (122-125 und 225-229) und in wenigsten weiteren 20 Ziffern erwähnt. Die Kirchen, Gemeinden und ihre Mitglieder sind aufgerufen, sich an die frühen Vorarbeiten der „sustainability-Debatte“ und die ökumenischen Erkenntnisse in der Weltchristenheit Ende der 90er Jahre in Deutschland zu erinnern, diese Debatte weiter zu verfolgen und kritisch zu begleiten.

Trotz einer „fünfundzwanzigsten Geschichte“ dieser „neueren“ Nachhaltigkeitsdiskussion stehen wir erst am Beginn.

Immerhin, in 70 Staaten der Erde werden zur Zeit groß angelegte Studien zu zukunftsfähigen Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialkonzepten erstellt. Deutschland will in diesen Tagen einen Nationalen Rat für Nachhaltigkeit oder Zukunftsfähigkeit unter Leitung des Bundeskanzlers berufen und im Auftrag der Europäischen Union arbeitet das renommierte Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie in einem eigens eingerichteten Projektbereich „Sustainable Societies“ an überlebensfähigen und verantwortlichen Strategien für unseren Kontinent. Wir als Kirchen sollten unseren Beitrag in diesem Prozeß stärken, die frühen Wurzeln prüfen sowie an den Brandungslinien dieser Debatten im Aufgabengebiet von „Kirche und Gesellschaft“ unseren Teil wahrnehmen.

Hans-Joachim Döring

[1] Dieser Exkurs versucht vorerst – in knapper Form - eine eher chronologische Abfolge zu rekonstruieren. In einer noch abzuschließenden Arbeit soll dieser Versuch und seine These, daß der Begriff „Sustainability“ eine wichtige Wurzel in der Sozialethik der Ökumenischen Bewegung hat, überprüft und ggf. nachvollziehbar dargestellt werden.

Bisher verwendete Lit.: Breitmaier, Isa: Das Thema der Schöpfung in der Ökumenischen Bewegung 1948 – 1998 (Br.), Frankfurt/M. 1995; Kässemann, Margot: Die eucharistische Vision. Armut und Reichtum als Anfrage an die Einheit der Kirche in der Diskussion des Ökumenischen Rates, München 1992; Korff, Wilhelm: Dauerhafte-umweltgerechte Entwicklung, in: Brennpunkt Sozialethik – Festschrift für Franz Furger, (Hrsg.) Heimbach-Steins, Marianne, Freiburg 1995 S. 419-437. Robra, Martin: Ökumenische Sozialethik (Ro), Gütersloh, 1994; Spangenberg, Joachim: Umwelt und Entwicklung – Argumente für eine globale Entwicklungsstrategie, Marburg 1991; Stierle, Wolfram: Ethik für das Leben - 100 Jahre ökumenische Wirtschafts- und Sozialethik (EL),. Ernst Lange-Institut, Rothenburg a. d. T.1996; Stückelberger, Christoph: Umwelt und Entwicklung – eine sozialetische Herausforderung (ST), Stuttgart 1997;

- [2] Vgl.: Hohnhorst, Martin von: Waldwende – zur geschichtlichen Entwicklung der Waldwirtschaft, München 1994; Nuntzinger, Hans G./Radke, Volker: Das Konzept der nachhaltigen Wirtschaftsweise: Historische, theoretische und politische Aspekte, in: Nuntzinger, Hans G. (Hrsg.) Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung, Marburg, 1995 S. 13-49;
- [3] „Der dann auch in den Vereinten Nationen verwendete Leitbegriff des „sustainable development“ hat in der ökumenischen Diskussion seine Wurzeln.“ (EL550). In: Abschnitt VII.2 „Ökologische Wirtschaftsethik“ der bisher einzigen sozial- und wirtschaftsethischen Quellensammlung des ÖRK in deutscher Sprache.
- [4] Nach Katsuo Seiki, japanisches Mitglied der Global Scenario Group (GSG) tauchte der Begriff „sustainable development“ erstmals 1968 auf zwei wissenschaftlichen Kongressen auf. Vgl. Katsuro Seiki, in: Weizsäcker, Ernst Ulrich v., Das Jahrhundert der Umwelt, Frankfurt/Main, 1999, S. 112f.
- [5] Dies brachte der Generalsekretär der Stockholmer Konferenz M. F. Strong bei einem Besuch des ÖRK 1972 zum Ausdruck. Vgl.: Address by Mr. Maurice F. Strong, in: Anticipation No. 11, 1972. Auskunft Kurt Zaugg-Ott Bern.
- [6] Vgl. Jüden, Ulrich: Das Paradigma „Sustainable Development“, Kiel 1996, S. 7ff.
- [7] EL552.
- [8] Wie die gegenwärtigen Hauptströmungen der Nachhaltigkeitsdebatte eher als Transformations- bzw., Umsteuerungs-, denn Umkehr- bzw. Abkehrprozesse verstanden werden können. Dies schließt nicht individuelle oder gesellschaftlich-partielle Umkehrvorgänge oder –manöver aus.
- [9] EL159.
- [10] Vgl. „Handeln für die Schöpfung“, Handreichung der Kommission IV der DBK, Bonn, November 1998, S. 33ff.